

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
Maßnahmen zum Schutz von Frauen
vor Belästigungen, gewalttätigen und sexuellen Übergriffen**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für ein Maßnahmenpaket zum Schutz von Frauen in Österreich vor gewalttätigen oder sexuellen Übergriffen sowie zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls einzusetzen.

Begründung

Diverse Vorfälle der letzten Wochen im In- und Ausland führten zu einer starken Verunsicherung unter der heimischen Bevölkerung. Insbesondere bei vielen Frauen kam es vor diesem Hintergrund zu einer Abnahme des subjektiven Sicherheitsgefühls. Dieser negativen Entwicklung gilt es entgegen zu wirken.

Es bedarf eines klaren Bekenntnisses dazu, dass alle Personen in Österreich gleichberechtigt und mit Respekt behandelt werden müssen. Es darf nicht sein, dass Frauen und Mädchen sich künftig nur noch in männlicher Begleitung im öffentlichen Raum bewegen können und sich mit Pfefferspray und akustischen Alarmgeräten ausrüsten müssen, um die eigene Sicherheit vor tätlichen Übergriffen zu gewährleisten.

Es sollen daher alle notwendigen Schritte gesetzt werden, damit Bedrohungsszenarien weitestgehend verhindert werden. Die Sicherheitssituation sowie das subjektive Sicherheitsempfinden sollen wieder verbessert werden, weshalb seitens des Bundes ein entsprechendes Maßnahmenpaket auszuarbeiten ist.

Linz, am 26. Jänner 2016

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Kattnigg, Cramer, Klinger, Wall, Kroiß, Lackner, Gruber, Schießl, Handlos, Baldinger, Mahr, Pröller, Graf, Ratt, Nerat, Povysil, Bahn

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Kirchmayr, Stanek, Frauscher, Aspalter, Raffelsberger, Dörfel, Hingsamer, Langer-Weninger, Manhal, Hattmannsdorfer, Brunner, Weinberger, Pühringer, Höckner,